

## **Sessionsrückblick**

Die Sommersession des Nationalrates war vor allem durch das Entlastungsprogramm, die Debatte um das Tierschutzgesetz und die Gentechfrei-Initiative beherrscht. Für die CVP war zudem das Verbot der Präimplantationsdiagnostik, der gentechnischen Untersuchung von im Reagenzglas gezeugten Embryonen, bevor sie in den Mutterleib eingepflanzt werden, von besonderer Bedeutung.

### **Entlastungsprogramm 2004**

Für Familien mit tiefem und mittlerem Einkommen ist es besonders wichtig, dass die vom Bundesrat vorgeschlagenen Kürzungen im Bereich der Wohnbauförderung abgelehnt wurden. Somit können zum Erwerb von Wohneigentum auch künftig Beiträge des Bundes erwartet werden, wenn die notwendigen Voraussetzungen dazu erfüllt sind.

Zwar hat der Rat gegenüber dem Bundesrat beim Nationalstrassenunterhalt höhere Einsparungen beschlossen. Bei den allgemeinen Strassenbeiträgen jedoch nahm er entgegen dem bundesrätlichen Vorschlag keine Kürzungen vor. Zusammen mit dem Beschluss über die zweckgebundene Verwendung der Mineralölsteuer sind die Kürzungen für die Kantone daher zu verkraften. Wichtig für das Oberwallis ist, dass die Fertigstellung der Autobahn nicht in Frage gestellt wird. Die Beitragskürzungen im regionalen Personenverkehr hat der Nationalrat im Vergleich zum bundesrätlichen Vorschlag gemildert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das vom Parlament beschlossene Sparpaket die Kantone schont, indem die Transferzahlungen an die Kantone insgesamt nicht wesentlich reduziert werden.

### **Tierschutzgesetz**

Der Nationalrat verabschiedete auch das neue Tierschutzgesetz. Damit kann der bereits bestehende Tierschutz durch direkte Handlungsanweisungen an die Vollzugsorgane und an die Personen, die mit Tieren umgehen, wesentlich besser umgesetzt werden.

Das Gesetz gilt als Gegenvorschlag zur viel weitergehenden Volksinitiative «für einen zeitgemässen Tierschutz». Da die Ziele eines zeitgemässen Tierschutzes mit dem Gesetz erreicht werden können, fand die Initiative im Rat keine Mehrheit.

### **Gentechfrei-Initiative**

In dem von den eidgenössischen Räten im März 2003 verabschiedeten Gentechnikgesetz verzichtet das Parlament auf ein Moratorium für die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen. Für ein solches Moratorium setzt sich dagegen die Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» ein. Sie verlangt einen Verzicht auf kommerzielle Anwendungen von gentechnisch veränderten Organismen in der Umwelt für die Dauer von fünf Jahren. Gerade im engen Rhonetal mit seinen speziellen Windverhältnissen kann die Verfrachtung genmanipulierter Aussaat eine Gefahr für den Anbau von Bioprodukten darstellen. Da sich nach dem Ständerat nun aber auch der Nationalrat – allerdings knapp – gegen die Gentechfrei-Initiative aussprach, liegt das letzte Wort nun beim Volk.

### **Präimplantationsdiagnostik**

Der Nationalrat hat die Aufhebung des Verbots der Präimplantationsdiagnostik (PID) beschlossen. Die CVP – Fraktion hat sich für die Beibehaltung des Verbotes eingesetzt, weil die Möglichkeit zur Herstellung von Kindern nach Mass ethisch nicht tragbar ist. Der Druck auf Eltern, die in der regulären Schwangerschaftsuntersuchung feststellen, dass ihr Kind mit einer Behinderung zur Welt kommen wird, steigt enorm.

Mit der Aufhebung des Verbots der PID würde Missbräuchen Tür und Tor geöffnet, denn Missbrauch kann nicht verhindert werden. Es lässt sich nicht sicherstellen, dass die Präimplantationsdiagnostik allein für die medizinische Prävention und nicht für die Selektion von Geschlecht, äusserlichen und charakterlichen Merkmalen etc. angewandt wird - was uns vor neue enorme ethische, moralische und gesellschaftliche Fragen stellt.